



Amtssigniert. SID2021021086703  
Informationen unter: amtssignatur.tirol.gv.at

Amt der Tiroler Landesregierung

**Verfassungsdienst**

**Dr. Ingrid Koler-Wöll**

Telefon 0512/508-2208

Fax 0512/508-742205

verfassungsdienst@tirol.gv.at

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit

p.A.: ii9@bma.gv.at

**Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, das Arbeitsinspektionsgesetz 1993, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden („Homeoffice Maßnahmenpaket 2021“);  
Änderung der Lohnkontenverordnung; Begutachtungsverfahren; Stellungnahme**

Geschäftszahl – bei Antworten bitte angeben

VD-1486/107-2021

Innsbruck, 18.02.2021

Zu GZ. 2021-0.113.237 vom 15. Februar 2021

Zum vorliegenden Gesetzentwurf wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Ungeachtet der Dringlichkeit des gegenständlichen Vorhabens wird festgehalten, dass eine umfassende und tiefgreifende Prüfung der vorgeschlagenen Änderungen im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens von nur wenigen Tagen nicht möglich ist. Ein derart kurzes Begutachtungsverfahren widerspricht auch der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften.

Im Übrigen sieht § 7 des Finanzausgleichsgesetzes 2017 vor, dass der Bund mit den am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften vor der Inangriffnahme steuerpolitischer Maßnahmen, die für die Gebietskörperschaften mit einem Ausfall an Steuern, an deren Ertrag sie beteiligt sind, verknüpft sein können, Verhandlungen zu führen hat. Da zu derartigen Gesprächen hinsichtlich der im gegenständlichen Entwurf vorgesehenen Änderungen des Einkommensteuergesetzes 1988 bisher nicht eingeladen wurde, darf höflich ersucht werden, die diesbezüglich erforderlichen Verhandlungen ehestmöglich aufzunehmen, andernfalls die gegenständlichen Änderungen abgelehnt werden.

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme wird unter einem auch dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die Landesregierung:

Dr. Forster

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An

die Abteilungen

Finanzen zur Zl. FIN-1/154/10337-2021 vom 17.02.2021

Organisation und Personal

Gemeinden

Landesmusikdirektion

Landwirtschaftliches Schulwesen und Landwirtschaftsrecht

Gesundheitsrecht und Krankenanstalten

Justizariat

Kranken- und Unfallfürsorge

---

zur gefälligen Kenntnisnahme übersandt.